

NACHRICHTEN

EU-Gipfel in Biarritz Beratungen über hohe Ölpreise

BIARRITZ: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) haben am Freitag bei ihrem Gipfeltreffen im französischen Biarritz auch die Entwicklung der Ölpreise erörtert. Frankreichs Premierminister Lionel Jospin sagte nach den Beratungen, die EU stimme überein, dass in Gesprächen mit den Öproduzenten versucht werden müsse, die Ölpreise zu stabilisieren. Diese waren angesichts der neuen Eskalation im Nahen Osten wieder gestiegen.

Zwei serbische Polizisten bei Explosion getötet

BELGRAD: Bei einer Minenexplosion in der Nähe der süderbischen Stadt Bujanovac, in der entmilitarisierten Zone unmittelbar an der administrativen Grenze zum Kosovo, sind am Freitag zwei Polizisten getötet und sieben verletzt worden. Das meldete der Belgrader Sender B2-92. Zuerst hatte es geheissen, neun Polizisten seien verletzt worden. Die Mine detonierte am Polizeikontrollpunkt Konculj, der schon mehrmals von kosovo-albanischen Separatisten angegriffen worden war.

Explosion vor britischer Botschaft in Jemen

ADEN: Vor der britischen Botschaft in Jemen hat es in der Nacht zu Freitag eine Explosion gegeben. Bei der Detonation in der Stadt Sanaa habe es keine Opfer gegeben, sagte der britische Generalkonsul Bob Hunter auf Anfrage der Nachrichtenagentur AFP.

Tausende Indonesier demonstrieren gegen Israel

JAKARTA: Tausende Indonesier haben in Jakarta gegen den israelischen Militäreinsatz in den Palästinensergebieten demonstriert. Mit Rufen wie «Allah Akbar» (Allmächtiger Gott) zogen mehr als 10 000 indonesische Moslems durch die Strassen der Stadt. Die Demonstranten verbrannten eine israelische Fahne und töteten eine Ziege, die in israelische und US-Flaggen gehüllt war. Indonesien hat die grösste moslemische Bevölkerung der Welt. Etwa 90 Prozent der 210 Millionen Einwohner gehören dem Islam an.

Friedensnobelpreis für Südkoreas Präsident Kim Dae Jung

Südkoreas Präsident erhielt die Auszeichnung für die «Sonnenscheinpolitik» mit Nordkorea

OSLO/SEOUL: Der Friedensnobelpreis 2000 geht an den südkoreanischen Präsidenten Kim Dae Jung. Der Politiker werde für seinen Einsatz zur Aussöhnung zwischen Süd- und Nordkorea ausgezeichnet, erklärte das Nobelkomitee in Oslo am Freitag.

Kim sei zudem der «führende Fürsprecher für die Demokratie» seines Landes. Mit «grosser moralischer Stärke» habe er sich in Ostasien als führender Verteidiger der Menschenrechte erwiesen, sagte der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, Gunnar Berge in Oslo. Der 75-Jährige hatte sich in den vergangenen Jahrzehnten gegen starke Widerstände und Unterdrückung in Südkorea vom Dissidenten zum Präsidenten hochgekämpft. In seiner Begründung schrieb das Nobelkomitee weiter: «Jetzt besteht Hoffnung, dass der kalte Krieg auch in Korea seinem Ende entgegen geht.» Zudem würdigt die Erklärung den «unermüdlischen Kampf Kims für die Demokratie in Südkorea», aber auch sein Engagement in Birma und in Osttimor und zieht Parallelen zum Kampf Nelson Mandelas in Südafrika, der



Südkoreas Präsident und Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung (rechts) beim Treffen mit dem Präsidenten Nordkoreas Kim Jong Il. (Bild:Keystone)

1993 den renommierten Friedenspreis erhielt. In Seoul erklärte Kim nach Bekanntwerden der Osloer Entscheidung: «Ich will diese Ehre an all meine Landsleute weitergeben». Sie gehöre den Menschen, die ihn während der letzten 40 Jahre in seinem Kampf für Demokratie, Menschenrechte und die Versöhnung mit Nordkorea unter-

stützten, sagte der 74-jährige Staatsmann. In Südkorea wurde die Nachricht vom Friedensnobelpreis mit Freude aufgenommen. In der Hauptstadt Seoul erhellte ein 15-minütiges Feuerwerk den Himmel, auf den Strassen gab es Applaus, als die Entscheidung des Komitees auf Fernsehschirmen bekannt gegeben wurde. Auch die

südkoreanische Opposition, die Kim als «Zerstörer der Demokratie» bezeichnete und das Nobelkomitee Ende Juli sogar noch zur Streichung seiner Kandidatur drängen wollte, gratulierte nach eigenen Angaben telefonisch. Der japanische Regierungschef Yoshiro Mori beglückwünschte Kim «aus tiefstem Herzen». Die UNO-

Flüchtlingskommissarin Sadako Ogata nannte die Wahl «wundervoll», als sie bei einem Aufenthalt in Seoul davon erfuhr.

Aus einfachen Verhältnissen

Kim wurde 1924 in einfachen Verhältnissen geboren. Er ging als Oppositioneller ins japanische Exil, wurde später von Agenten des südkoreanischen Geheimdienstes entführt und 1979 von der Junta wegen Aufruhrs zum Tode verurteilt. Auf internationalen Druck kam er nach zweieinhalb Jahren aus der Haft frei und konnte in die USA ausreisen. 1985 kehrte er in seine Heimat zurück und stellte sich an die Spitze der Demokratiebewegung. Bei der Präsidentenwahl 1998 siegte Kim. Seither setzt er sich mit einer «Sonnenscheinpolitik» für die Aussöhnung mit Nordkorea ein. Der nach dem Stifter Alfred Nobel benannte Friedensnobelpreis wird seit 1901 an Personen verliehen, die sich um die Völkerverständigung und den Abbau militärischer Spannungen verdient gemacht haben. Im vergangenen Jahr hatte die Organisation Ärzte ohne Grenzen den Preis erhalten. Der mit umgerechnet knapp 1,7 Millionen Franken dotierte Preis wird Kim am 10. Dezember vom norwegischen König Harald V. in Oslo überreicht.

Nahost: Israel befürchtet Terrorwelle - EU ruft zu Verhandlungen auf

Vereinzelte Zwischenfälle in Nahost - Bemühungen für Friedensprozess intensiviert

JERUSALEM/BIARRITZ: Auch einen Tag nach der jüngsten Gewaltexplosion ist es am Freitag im Nahen Osten zu vereinzelten Zwischenfällen gekommen. Im Gaza-Streifen und im Westjordanland lieferten sich israelische Soldaten und Palästinenser Gefechte.

Nach dem Lynchmord an zwei israelischen Soldaten in Ramallah und anschliessenden Raketenangriffen auf öffentliche Gebäude in Autonomiestädten wurden die Sicherheitsmassnahmen in Israel und den Palästinensergebieten verschärft. Die Armee mobilisierte Reserveteinheiten und riegelte die autonomen Städte in den Palästinensergebieten weitgehend ab. Die Furcht vor neuem Terror in Israel wurde durch die Freilassung Dutzender islamischer Untergrundkämpfer aus palästinensischen Gefängnissen geschürt. Israels Regierungschef Ehud Barak warf Palästinenserchef Jassir Arafat vor, er unterstütze damit den Terrorismus. Augenzeugen berichteten aus Ramallah

im Westjordanland, israelische Soldaten hätten aus Panzern mit Maschinengewehren auf Palästinenser geschossen. Zuvor seien die Soldaten selbst beschossen worden. In Hebron wurde ein Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen. Aus den autonomen Gebieten und aus Israel wurden am Freitag allerdings weniger Gewaltausbrüche gemeldet als noch in den beiden Vorwochen. Nach dem traditionellen Freitagsgebet in den Moscheen zogen jedoch tausende Palästinenser in Protestmärschen durch die Strassen der Städte. In Jerusalem blieb es entgegen den Befürchtungen nach dem Freitagsgebet auf dem Tempelberg weitgehend ruhig. Mehrere hundert Polizisten und Soldaten patrouillierten um das von Juden und Moslems als Heiligtum verehrte Plateau in der Altstadt. Nur Männer über 45 Jahren wurden zum Gebet in der Al-Aksa-Moschee und im Felsendom zugelassen. Palästinenserpräsident Arafat ordnete unterdessen eine Untersuchung der Vorgänge an,

die am Donnerstag zum Lynchmord der israelischen Soldaten in Ramallah durch aufgebrachte Palästinenser geführt hatten. Nach einem Gespräch mit dem norwegischen Aussenminister Thorbjørn Jagland sagte Arafat: «Sie wissen, dass wir eine sehr ernsthafte Untersuchung begonnen haben. Aber vergessen Sie nicht, dass auch 13 unserer Polizisten verletzt wurden, die versuchten, die Soldaten zu beschützen.»

Internationale Bemühungen

Die internationalen Bemühungen, den darniederliegenden Friedensprozess wieder zu beleben, gingen am Freitag weiter. Als EU-Ratspräsident beschwor Frankreichs Staatschef Jacques Chirac auf dem EU-Sondergipfel in Biarritz die Israelis und Palästinenser, die Waffen ruhen zu lassen und wieder miteinander zu reden. «Der Friedensprozess muss gerettet werden», hiess es in der Nahost-Erklärung des Gipfels. Der vom ehemaligen israelischen Regierungschef Schi-

mon Peres vorgeschlagene Nahost-Krisengipfel stiess bei den beteiligten Parteien auf Skepsis und Ablehnung. Israel habe noch nicht über die Teilnahme an einem möglichen Gipfel entschieden. Auch die USA und Ägypten zweifelten am Nutzen eines Treffens zwischen Israels Regierungschef Barak, Palästinenserpräsident Arafat, US-Präsident Bill Clinton und Jordaniens König Abdullah II., wie es Peres bereits für Samstag ins Gespräch gebracht hatte.

Jemen: Zahl der Toten erhöht

Einen Tag nach dem Anschlag auf ein amerikanisches Kriegsschiff im Hafen von Aden hat sich die Zahl der Todesopfer am Freitag auf 17 erhöht. Die US-Marine teilte mit, dass alle zehn noch vermissten Matrosen wahrscheinlich tot seien. Am Freitag explodierte zudem auf dem Gelände der britischen Botschaft in Jemen eine Bombe. An dem Gebäude in der Hauptstadt Sanaa entstand Sachschaden.

IRA-Dissident erschossen

BELFAST: Dem Nordirland-Friedensprozess droht erneut ein schwerer Rückschlag. Die grösste protestantische Partei kündigte eine Sondersitzung am 28. September an, bei der über das weitere Schicksal des Vorsitzenden David Trimble entschieden werden soll. Unterdessen wurde ein mutmasslicher Dissident der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) in Belfast in seinem Auto erschossen. Beobachter werteten die Ankündigung der protestantischen Ulster Unionists als Versuch, Trimble zu stürzen. Dies würde die nordirische Regierung gefährden, an deren Spitze Trimble steht. Auslöser der Diskussion ist der wachsende Unmut über die Weigerung der IRA, entgegen ihrer Zusage mit ihrer Enttarnung zu beginnen. Unterdessen wurde der 26-jährige mutmassliche IRA-Dissident Joseph O'Connor in einem katholischen Viertel von Belfast erschossen. Zu der Tat bekannte sich zunächst niemand. Die IRA-nahe Partei Sinn Féin erklärte, sie habe nichts mit dem Anschlag zu tun.

Ihr erfolgreicher Werbeträger

unsere Beilage

«EUREGIO»

Reservieren Sie sich Ihren Werbeplatz noch heute!

Lichtensteiner
VOLKSBLATT

GROSSAUFLAGE

Erscheinungstermin:

Donnerstag, 09. November 2000

Inserateschluss:

Montag, 23. Oktober 2000

HOTLINE: +423 / 237 51 51 • FAX: +423 / 237 51 19 • E-Mail: inserate@volksblatt.li